

Diskussionspapier der Schreibwerkstatt

Impulse an den BUND e.V.



Diskussionspapier

**„Wirtschaftsstrukturen der Makroebene: Rahmenbedingungen einer
Gemeinwirtschaft“**

Autor*innen: Marius Hübler, Kirsten David, Friederike Hildebrandt, Svenja Quitsch, Dr.
Werner Neumann, Dr. Carsten Kaven, Hildegard Bornheuer und Lukas Dörrie

Moderation: Tanja Föhr und Susanne Rodemann-Kalkan

Vorwort

Kürzlich ist die erste digitale BUND-Schreibwerkstatt zu Ende gegangen. Im September 2020 begannen fünfzig motivierte Menschen innerhalb von drei Monaten entlang der sechs Themenfelder „Wirtschaftsstruktur“, Finanzwirtschaft“, „Arbeit und Tätigsein“, „Just Transition: Verteilungsfragen“, „Neue Demokratieförmungen“ und „Unternehmen und Betriebe“ Impulse für eine Postwachstumsgesellschaft zu entwickeln. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. hat in seiner Ausschreibung besonders Menschen zu einer Bewerbung ermutigt, die bisher noch weniger in den umweltpolitischen Debatten des Verbandes eingebunden sind. Gleichzeitig wollen wir an dieser Stelle transparent machen, dass es uns nicht gelungen ist, die gewünschte Vielfalt an Perspektiven (unter anderem in Bezug auf soziale und ethnische Herkunft) in den Prozess einzubinden. Dies wurde auch in Arbeitsgruppen wiederholt reflektiert und thematisiert. Im weiteren Verbandsprozess an den Themen der Schreibwerkstätten werden wir uns verstärkt um mehr Perspektivenvielfalt bemühen.

Die Diskussionspapiere aus den Arbeitsgruppen sind in Gruppen entstanden, die sich zu dem jeweiligen Thema durch den Aufruf des BUND zur „Schreibwerkstatt“ zusammengefunden haben. Die Ergebnisse sind in einem ausschließlich digitalen Format in wenigen Monaten entstanden. In der Kürze der Zeit konnte nicht die gesamte Breite der fachwissenschaftlichen und politischen Positionen zur Transformation in den jeweiligen Themenbereichen bearbeitet werden. Die Diskussionspapiere stellen den gemeinsam in solidarischer Weise erarbeiteten Konsens der Gruppe, eine Fokussierung und in machen Aspekten einen Kompromiss dar. Die Papiere sind keine Einzelmeinung.

Gleichwohl handelt es sich bei den Diskussionspapieren um Impulse an den Verband, nicht um eine Position des BUND. Die Mitglieder der Schreibwerkstatt weisen darauf hin, dass es sich bei ihren Diskussionspapieren auch nicht um fertige Ergebnisse handelt, sondern um einen unvollständigen ersten Entwurf, der für Ergänzung, Diskussion und Inspiration gedacht ist und einladen soll, weiter zu denken und zu streiten. Gleichzeitig ist es der Anspruch der Arbeitsgruppen, klare Anstöße und Impulse zu geben, in welche Richtung die weitere Diskussion gehen sollte, sowohl was die grundlegende Kritik als auch die Vorschläge für Maßnahmen betrifft.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den Teilnehmer*innen der Schreibwerkstatt für ihre Zeit, ihre Kraft und ihr Engagement im Sinne des gemeinsamen Ziels: Das Gute Leben für Alle innerhalb der planetaren Grenzen zu gestalten.

Inhaltsverzeichnis

1. Problemanalyse	3
2. Bausteine einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft	5
3. Maßnahmen	7
4. Fokusthemen	12
4.1 Wohnen	12
4.2 Care	14
5. Literaturverzeichnis und weiterführende Literatur	18

1. Problemanalyse

Wirtschaft ist ein hochkomplexes, dynamisches Beziehungsgeflecht, in und mit dem Menschen gemeinsam leben. Unser derzeitiges kapitalistisches Wirtschaftssystem ist darauf angewiesen, konstant auf mehr menschliche Arbeit und natürliche Ressourcen zuzugreifen und sie auszubeuten. Die Folgen dieses *Zwangswachstums* sind unübersehbar: Die planetaren Grenzen der Erde werden zunehmend überschritten und die Stabilität des Erdklimas ist durch das Erreichen unumkehrbarer Kippunkte gefährdet. Gleichzeitig kommt es zu immenser Vermögens- und damit Machtkonzentration. Auf der einen Seite steht der Zwang zur Produktion und Vermarktung von immer mehr Konsumgütern. Dem gegenüber stehen unerfüllte Grundbedürfnisse einer Vielzahl von Menschen mit niedrigen Einkommen. Diese Unverhältnismäßigkeit spiegelt sich auch im globalen Zusammenhang, sichtbar im so genannten Nord-Süd-Gefälle, wider. Der Staat ermöglicht und schützt die destruktive Ausbeutung im neoliberalen Kapitalismus durch die legalisierte Trennung von Besitz und Eigentum. Das demokratisch kaum mehr kontrollierbare Machtungleichgewicht führt zur einseitigen Unterstützung kapitalistischer Interessen. Das wird z.B. bei bestehenden Subventionen sichtbar oder bei den Verteidigungsstrategien des Systems an tödlichen, politischen Außengrenzen. Es geht um die kostengünstigste Verwertbarkeit von Ressourcen – menschliche Arbeitskraft und Lebenszeit, produktive und reproduktive Arbeit (vgl. Abschnitt Care), Energie, Land, Bodenschätze, Wasser und Luft. Von den Ausbeutungsstrukturen profitiert besonders der wirtschaftsstarke globale Norden, während der globale Süden überproportional unter den sozialen und ökologischen Folgen leidet.

Ein weiteres Ergebnis der Trennung von Besitz und Eigentum ist die Abwälzung von Folgekosten, mit der sich vor allem die kapitalstarken Verursacher aus ihrer Verantwortung entziehen. In der Rolle des Privateigentums verbirgt sich die Wurzel des kapitalistischen Wachstumszwangs und die Trennung von Besitz und Eigentum macht die Ausbeutung Eigentumsloser durch Eigentümer*innen systemrelevant. Zwei Bereiche, in denen diese

Dynamiken besonders sichtbar werden, ist der Wohnsektor und die Pflegearbeit. Aus diesem Grund wird beiden Themen in diesem Papier besondere Beachtung geschenkt.

Der Wachstumslogik stellen wir Forderungen nach einer öko-sozialen doppelten Transformation¹ - also einer Veränderung von unten und von oben, entgegen. Die Welt der Zukunft wird heute schon in einzelnen sozial-ökologischen Nischen erlebbar, wo Ökonomie in ökologische Prozesse und soziale Bedürfnisse eingebunden ist und zwischen ihnen vermittelt. Dies ist eine Wirtschaft ohne Zwang zum Wachstum, mit vermindertem Ressourcenverbrauch, mit demokratisch regulierbaren und stärker verteilten Machtverhältnissen. Kurz,- eine **gemeinwohlorientierte Postwachstumsgesellschaft**. Die verbreitete Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum von weiterem Ressourcenverbrauch und klimaschädlichen Emissionen entkoppelt werden kann, bleibt eine Illusion der bestehenden Systemlogik. Diesem Narrativ zufolge sind akute Probleme technisch lösbar, selbst dann, wenn die Technologien dafür noch nicht existieren oder zur Zeit extrem energieaufwendig sind. *Grünes Wachstum* verspricht neue Konsumbedürfnisse, neue Märkte, gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit ohne Verzicht oder Veränderung der Lebensweisen. Gleichzeitig sollen die Ökosysteme dabei sogar entlastet werden. Diese neoklassische Vorstellung von Ökonomie ist aus sozial-ökologischer Perspektive weder theoretisch noch empirisch haltbar (Georgescu-Roegen 1987; Parrique et al. 2019).

Für die kreative Gestaltung einer postwachstumsorientierten Gesellschaft sind andere politische und institutionelle Rahmenbedingungen nötig. Selbstbestimmung, Gemeinwohlorientierung, ökologische Nachhaltigkeit, Resilienz und Verteilungsgerechtigkeit können in einer Postwachstumswirtschaft aus den Nischen heraustreten und sich dynamisch entfalten. Die Bewegungen und Debatten um Suffizienz, Klimagerechtigkeit, Degrowth, globale Verteilungsfragen, Geschlechtergerechtigkeit öffnen einen Raum für strategische Veränderungen und bieten Ansätze für alternative wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen. Auf den folgenden Seiten skizzieren wir den Umbau der aktuellen Wirtschaftsstruktur in ein dynamisches und kommunikatives System, das die Befriedigung der Bedürfnisse für das Leben auf der Erde ermöglicht. Es wird eine Welt ohne Zwang zum Wachstum, mit radikal vermindertem Ressourcenverbrauch, demokratisch kontrollierbar verteilter Macht sowie einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Gütern. Eine Gesellschaft, die ohne Wachstumszwang wirtschaftet, steht nicht still - sie ist nicht losgelöst von wissenschaftlicher, kreativer und gemeinschaftlicher Entwicklung - aber sie erhält und schützt ihre Lebensgrundlagen.

“Und was machen wir heute?“, fragte Piggeldi nach dem Frühstück “Wir gehen wohin wir wollen.“ sagte Frederik. Und sie gingen einfach los.

¹ **Dieter Klein & Mario Candeias** DOPPELTE TRANSFORMATION: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/abc-der-sozialistischen-transformation-doppelte-transformation/>

2. Bausteine einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft

Folgende Punkte halten wir für unabdingbar auf dem Weg in eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft, die den Kriterien globaler und sozialer Gerechtigkeit, der Klimagerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit genügt. Unser Ziel ist eine Wirtschaftsweise, die sozialen und materiellen Wohlstand mit der vorsorgenden Pflege der natürlichen Umwelt und Mitwelt verbindet.

Eigentum / Commons

Art. 15 des Grundgesetzes bestimmt, dass „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel (...) zum Zwecke der Vergesellschaftung (...) in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden (können)“. Commons, d.h. alternative Eigentumsformen jenseits von Kommerzialisierung und Inwertsetzung, genießen damit Verfassungsrang. Hierin sehen wir ein wichtiges Mittel, den Übergang in eine Postwachstumswirtschaft durchzusetzen.

Wachstum/Wachstumszwang

Die Möglichkeit einer absoluten Entkopplung von Ressourcenverbrauch - und den damit verbundenen Treibhausgasemissionen - und Wirtschaftswachstum mittels technologischer Innovation ist empirisch widerlegt. Ursache des ökonomischen Wachstumszwangs sind die Maximierung von Mehrwert aus der Ausbeutung von Arbeitskraft sowie Gewinne aus der Nutzung der immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen wie Böden und Senken in der kapitalistischen Konkurrenz. Folglich sind ökonomische, aber auch soziale, kulturelle und rechtliche Wachstumszwänge zu überwinden.

Unternehmensformen

Dort, wo der Staat Unternehmen unterstützt und subventioniert, ist die Bevorzugung privatwirtschaftlicher Formen aufzugeben. Dagegen sind Formen gemeinwirtschaftlicher Produktion und Arbeit gezielt zu fördern (z.B. in Form von Bürgschaften und Absicherungen, aber auch Existenzgründungen). Wesentlich dafür ist demokratische Beteiligung und die Aufhebung der Trennung von Eigentum, Arbeit und Nutzern. Auch fordern wir eine Beschränkung der maximalen Größe und damit der (Markt-)Macht von Unternehmen.

Politische Rahmenbedingungen

Innerhalb eines wachstumsabhängigen Wirtschaftssystems kann die Verbreitung suffizienz- und postwachstumsorientierter Alternativen nicht allein der individuellen und unternehmerischen Verantwortung überlassen werden. Sie benötigt begünstigende und fördernde Rahmenbedingungen: die Sicherung sozialer (Mindest-)Standards und die Einhaltung planetarer Grenzen. Somit wird die Gestaltung der Ökonomie wieder zur politischen Aufgabe.

Rolle der Märkte/Investitionen

In der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung werden Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll, in einem Zusammenspiel von staatlicher Grundlagenforschung, Risikokapital und Unternehmen getroffen. Wir fordern den Aufbau alternativer Formen der Entscheidung, z.B. über sozial und ökologisch ausgerichtete Fonds. Märkte sollen primär auf Wertschöpfung und Beteiligung auf regionaler Ebene basieren. Die Regeln des Austausches über Märkte müssen so gestaltet werden, dass Marktmacht durch übermächtige Unternehmen verhindert wird und planetare Grenzen und soziale Bedürfnisse gewahrt bleiben.

Ökologische und soziale Kostenwahrheit und -transparenz

Die Illusion wirtschaftlicher Effizienz wird durch die Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten und Schäden erreicht. Daher sind Maßnahmen konsequent umzusetzen, die zu einer angemessenen Abbildung der Nutzung sozialer und natürlicher Ressourcen führen. Dies aber eingedenk der Tatsache, dass Flüsse, Wälder und Tiere nicht monetarisierbar sind. Steuern und Abgaben sind so zu gestalten, dass die Nutzung und Belastung von Ressourcen dauerhaft im Rahmen planetarer Grenzen bleibt.

Vorsorge, Erhalt und Pflege der Menschen und der Natur

Eine Postwachstumsökonomie ist auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen aller Menschen und zukünftiger Generationen ausgelegt. Sorgearbeit, der Erhalt von notwendigen Infrastrukturen und Naturschutz brauchen daher den gleichen gesellschaftlichen Stellenwert wie die heute als wertschöpfend bezeichneten Tätigkeiten und müssen der Effizienz- und Profitlogik entzogen werden.

Alternativen zum "Homo Oeconomicus"

Menschen werden als komplexe Wesen gesehen, die auf ihre Umwelt, Beziehungen und Gemeinschaft angewiesen sind. Dieses Bild löst den rationalen gewinnmaximierenden, auf seinen eigenen Vorteil bedachten Homo Oeconomicus ab. In der Postwachstumsökonomie sieht sich der Mensch als selbstverständlich eingebunden in seine Umwelt, seine Beziehungen und seine Gemeinschaft, auf die er angewiesen ist.

Das Wurmloch öffnete sich und die Zukunftsmenschen traten heraus. "Ihr habt eine Frage." sagten sie "Gibt es in der Postwachstumszukunft noch Kaffee und Schokolade?" fragten die Klimaaktivisten hoffnungsvoll.

3. Maßnahmen

Die hier skizzierte Wirtschaftsstruktur, die jenseits der bekannten Krisen ein gutes und freies Leben ermöglicht, ist nicht über Nacht erreichbar. Eine “doppelte Transformation” kann den Weg bereiten: Einerseits gestalten staatliche Reformen den Rahmen, in dem andererseits utopische Projekte freiwillig realisiert werden und dialogisch wachsen. Hier möchten wir zukunftsweisende staatliche Reformen aufzeigen, die im Hier und Jetzt in Richtung unserer Utopie weisen und welche wir im folgenden Kapitel anhand zweier Beispiele konkretisieren.

1. Gemeinsam verfügen und entscheiden: Commons stärken, Privatisierung abbauen
Verfügung und Gewalt über Andere wird abgebaut, indem Privateigentum an Produktionsmitteln besteuert wird. Am Gemeinwohl orientierte Unternehmensformen (Genossenschaften, Kommunen, Kollektive, Syndikate u. ä.) erhalten Vorkaufsrechte. Damit neben den Produktionsmitteln auch natürliche Ressourcen nicht weiterhin der einsamen Entscheidungsgewalt unterstellt sind, werden Commons als Rechtsform entwickelt.

- Bodenwertsteuer, Eigentumssteuer, Erbschaftssteuer als Instrumente gegen ungerechte Verteilung
- Syndikate, Genossenschaften und kommunale Betriebe mit demokratischen Entscheidungs- und Beteiligungsstrukturen und konsequenten sozial-ökologischen Richtlinien fördern (z.B. über Vorkaufsrechte für Flächen, Gebäude etc.)
- Kreative und gemeinwohlorientierte Nutzung öffentlichen Raumes ermöglichen - Besetzung des öffentlichen Raumes durch private Luxusgüter (z.B. PKW) begrenzen, Verbot von Werbung in öffentlichen Räumen
- Natur wird als eigenständiges Rechtssubjekt vor Übernutzung geschützt
- Sharing-Plätze für Güter des gelegentlichen Gebrauchs einrichten (z.B. eine geteilte Werkstatt)

2. Planetare und ökologische Kreisläufe achten: ökologische Produkte, Dienstleistungen und Produktionsprozesse

Eine ökologische Steuerreform entlang der internationalen Wertschöpfungskette führt zu einer realistischen Bepreisung auf bestehenden Märkten. Im aktuellen Wirtschaftssystem müssen solche Kosten bereits während der Produktion erhoben werden, denn nur so können besonders unökologische Produkte bereits vor dem Zugang zum Markt als unwirtschaftlich erkannt werden. Gleichzeitig sollten zukunftsfähige Nischen der Wirtschaft staatlich gefördert werden. Außerdem müssen rechtliche Wachstumszwänge abgebaut werden.

- Ökologische Steuerreform, in Verbindung mit einer border-adjustment tax² zur Vermeidung von Carbon-leakage³
- Verpflichtende Ethikstandards für alle Unternehmen
- Ökologische Produktstandards entlang des gesamten Produktions- und Lebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen--> Förderung des Cradle-to-Cradle-Prinzips; Pflicht zur Reparaturfähigkeit statt Recht auf Reparatur; Förderung der Langlebigkeit von Produkten (Eco-Design)
- Weniger bis keine Mehrwertsteuer für Reparaturdienstleistungen (Bsp. Schweden)
- CO₂-Preise sollen - zumindest im Mietwohnsektor - als Betreiberkosten definiert werden und nicht über Betriebskosten umgelegt werden (nur so wirkt der Preisdruck an der richtigen Stelle)
- Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik von Wachstumszwang lösen - Das "Gesetz zur Förderung der sozial-ökologischen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls durch die Wirtschaft" ersetzt das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (Stabilitätsgesetz)
- Gemeinwirtschaftlich wirksame Abschöpfung von Mehrwert aus dem Einsatz von Arbeitskraft und der Nutzung natürlicher Ressourcen
- Lokale Daseinsvorsorge von interkommunalem Wettbewerb und kommunalem/regionalem Wachstumszwang lösen
- Kommunalen Finanzausgleich und Länderfinanzausgleich von Einwohnerzahl und Gewerbeeinnahmen entkoppeln

3. Freizeitlich handeln: Gemeinwohl braucht Zeit und Lebenssicherheit

Eine Reduzierung der Lohnarbeitszeit wirkt sich auf alle Ebenen nachhaltiger Transformation aus. Durch frei gewordene Lebenszeit steigt die Lebensqualität und reduziert den ressourcenintensiven Konsum und damit den ökologischen Fußabdruck. Darüber hinaus bleibt mehr Zeit für gemeinschaftlich wertvolle Tätigkeiten. Arbeit, die trotz Digitalisierung und Automatisierung anfällt, kann gleichmäßiger verteilt werden. Folgende Maßnahmen sollen die Arbeitsverteilung vom Wachstumszwang entkoppeln (diese überschneiden sich zum Teil mit dem Abschnitt 4.2 "Care" und den Ergebnissen der Gruppe "Arbeit und Tätigsein"):

- Lohnarbeitszeitverkürzung (~20 Wochenstunden)
- Automatisierungs- und Digitalisierungssteuer

² Eine "border adjustment tax" gleicht die Preise von importierten Produkten, die aufgrund geringer Steuern relativ günstiger sind, an die lokalen Steuerverhältnisse der Produktion an. So soll ein "Carbon Leakage" verhindert werden.

³ Ein "Carbon Leakage" tritt auf, wenn die Produktionskosten an einem Ort teurer werden (z.B. aufgrund einer Steuer) und die Produktion ins billigere Ausland verlagert wird, die Produkte jedoch wieder nach Deutschland importiert werden.

- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Maximaleinkommen, Finanztransaktionssteuer
- Unbefristete Arbeitsverträge und bessere Arbeitsbedingungen
- Alle Einkommensarten zur Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme heranziehen
- Care-Abgabe für Unternehmen / 1-Stunde Reproduktionsarbeit pro Tag durch Betriebe finanziert
- Produktiver Care-Sektor: Mindestpersonalbemessung in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen
- Reproduktiver Care-Sektor: Anreize (z.B. Punktesystem für unbezahlte Arbeit; bspw. sollten Care-Arbeit oder Ehrenamt auch zur Lebenshaltung und/oder Rente anerkannt werden)
- Keine weiteren bürokratischen Monstersysteme schaffen.
- Abbau von mechanischen, chemischen und nervlichen Arbeitsbelastungen; Arbeits- und Berufskranke entschädigen und rehabilitieren ohne ihnen Beweislasten aufzuerlegen

4. Offene Systeme und dynamische Bewegung: *Freiheit durch Kooperation und Solidarität*

Die Ergebnisse der gesellschaftlichen Transformation sollen auch für Menschen aus anderen Regionen zugänglich sein. Kultureller und wirtschaftlicher Austausch sollen ermöglicht, sowie ein resilientes Wirtschaftssystem aufgebaut werden. Dies mag langfristig zu einer Ablösung staatlicher Funktionen führen:

- *Do it yourself-* und *Do it together-*Kultur stärken: offene und frei zugängliche Werkstätten und Kompetenzzentren (Holz-, Metall- und Elektro-Werkstätten, Fablabs etc.) überall; kommunale/öffentliche Flächen zur Selbst- und Gemeinschaftsversorgung mit Lebensmitteln; Räume zum gemeinsamen Verarbeiten (kochen, haltbar machen, fermentieren) und gemeinsamen Genießen (Küche für Alle,...)
- *Teilen statt Besitzen:* lokale und digitale Tausch- und Leihbörsen, gemeinnützige, nicht-kommerzielle Sharing-Ansätze fördern (für Maschinen, PKW, Haushaltsgeräte,...)
- *Kollektive Wohn- und Lebensräume fördern, Flächenverbrauch begrenzen:* kommunale Wohnungsgesellschaften fördern kollektive und suffiziente Wohnformen; konsequente Innenentwicklung statt Ausweisung neuer Bauflächen; Förderung von Nachbarschaftshilfe und “Wohnen gegen Hilfe” (weniger Bürokratie, Sozialabgaben; Steuern); Förderprogramme für gemeinschaftliche Wohnkonzepte in urbanen und ländlichen Räumen

- *Nicht-kommerzielle Erholungs- und Kulturräume stärken*: Ortszentren als Begegnungs- statt Konsumorte (Fokus auf Erholung, Genuss und Kultur für Alle), Zwischennutzung von Leerstand legalisieren
- Kollektive Mobilitätslösungen statt Fokus auf Individualverkehr: Autofreie Städte, Gleise statt Autobahnen: “Die PS von der Fahrbahn bringen”; unkommerzielle Sharinglösungen stärken

5. Ambivalenzen und Diversität: Bildung für gemeinwohlorientierte Gesellschaften statt profitorientierte Märkte und lückenlose Lebensläufe

Die hier skizzierten Maßnahmen schaffen nicht nur radikalen sozialen Wandel, sondern bedeuten auch einen steten Lernprozess. Wir wollen keine Welt, die nur von “perfekten” Menschen bewohnt werden kann, sondern gehen von einem kontinuierlichen Prozess der Veränderung aus. Die Menschen von Heute benötigen auch Morgen einen Platz in der Gesellschaft. Dazu braucht es langfristige gesellschaftliche Dialoge, die uns befähigen, mit Komplexität und Ambivalenz umzugehen und Diversität und Wandel konstruktiv wahrzunehmen. Bildung und Lernen, Lehren und Forschen werden unabhängig vom Nutzen- und Verwertungsprinzip:

- Kreative und partizipative Zukunftsgestaltung in die Curricula aller Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
- Kritische und politische Bildung stärken / freie außerparlamentarische Opposition ermöglichen
- (Basis-)Demokratische Partizipationskompetenz durch Lernkonzepte stärken
- Problemlösungskompetenzen durch lösungs- und anwendungsorientiertes Lernen stärken
- Demokratisierung von Bildungseinrichtungen - mehr Mitbestimmung in der Gestaltung von Lernräumen und -plänen für Schüler*innen und Studierende
- Handwerkliche und gärtnerische Kompetenzen stärken
- Emotionale Kompetenzen wie Empathie, gewaltfreie Kommunikation, Mediation, integrative Entscheidungsprozesse werden explizit gefördert und wertgeschätzt.
- stetige Fortbildungen für Gestalter*innen von Lernräumen

Die einzige Weltwirtschaftsfachbeauftragte für die Beobachtung von Wachstum biss zufrieden in ihre Mittagsstulle: “Wieder nicht gewachsen” brummte sie zufrieden.

4. Fokusthemen

Den breit aufgestellten Maßnahmenkatalog wollen wir für zwei Lebensbereiche konkretisieren, die aufgrund ihrer sozialen Bedeutung wichtig sind für eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft. Die Bereiche Care und Wohnen wurden ausgewählt, weil es sich um wichtige Bestandteile der öffentlichen Daseinsfürsorge handelt, die einem starken Wachstumszwang unterliegen. Widerstand und progressive Forderungen entstehen dabei fast ausschließlich in Initiativen und Bewegungen von Betroffenen, wie Bewohner*innen, Pflegepersonal und Patient*innen, die sich gegen Lobbyinteressen positionieren.

4.1 Beispiel Wohnen

Ist-Situation

Auch der Wohnungsmarkt in der BRD unterliegt einem starken Wachstumszwang. Aus steigenden Mieten sollen steigende Gewinne erwirtschaftet werden, womit Wohnraum, der für alle Menschen lebensnotwendig ist, zum Spekulationsobjekt wird. Insbesondere in den urbanen Ballungsräumen führt das zu einem aktuell höchst angespanntem Wohnungsmarkt. Mangelnde Infrastruktur in ländlichen Gebieten führte in der jüngsten Vergangenheit dazu, dass immer mehr Menschen in die Großstädte und nun, infolge der erweiterten Möglichkeiten von zuhause aus zu arbeiten, auch in die Mittelstädte streben. Der Erfolg bei der Wohnungssuche hängt ausschließlich von der persönlichen Zahlungsfähigkeit ab. Damit unterwerfen die immer weiter steigenden Mieten auch MieterInnen der Wachstumslogik des Wohnungsmarktes. Sie müssen mehr Einkommen einsetzen, aus dem sie ihren Wohnraum bezahlen können. Zudem sind Mieten und die unter anderem aus ihnen resultierenden Gebäudewerte heute ein Abbild verschiedener Treiber: Steigende Bodenpreise bei begrenzt verfügbarem Boden, Zinserwartungen am Kapitalmarkt, begrenzt verfügbarer Mietraum bei regional steigender Nachfrage und aufgrund der Mietgesetze (Mietspiegel, Modernisierungumlage) vorhandene intrinsische Antriebe von Mieterhöhungen reichen weit über Mietpreise zugunsten eines wirtschaftlichen Wohnbesitzes hinaus.

In einer Postwachstumökonomie werden durch folgende Maßnahmen die Mieten wieder zu einem Nutzungsentgelt, einem kostendeckenden Preis für die Nutzung von Wohnraum.

Maßnahmen

1. Unbegrenzter Betrachtungszeitraum bei der Erstellung von **Mietenspiegeln**: Die in Mietenspiegeln dargestellte ortsübliche Vergleichsmiete soll fortan ein Instrument der Markttransparenz sein. Zu diesem Zweck müssen bei ihrer Feststellung unbedingt auch unveränderte Mieten ohne Begrenzung des Erhebungsraumes berücksichtigt werden. Diese Maßnahme ist so lange notwendig, bis es eine ausreichend große gemeinnützige Konkurrenz am Markt gibt. Eine Neuauflage der ökologischen Mietenspiegel soll geprüft werden.
2. Wiedereinführung der **Wohnungsgemeinnützigkeit**: Gemeinnützige Wohnungsunternehmen dürfen keine Rendite mit der Miete erzielen und wirken im Vergleich entsprechend mietpreissteuernd und die rein renditeorientierten Argumente in der Mietpreispolitik werden abgeschwächt. Dominiert Gemeinnützigkeit den Markt und damit den Mietpreis, ist die oben geforderte Transparenz von geringerer Dringlichkeit.
3. Warmmietenneutrale **Modernisierungsmieterhöhungen**: Die klimagerechte Modernisierung der Mietwohnbestände ist teuer. Damit diese Kosten nicht mehr allein auf die MieterInnen abgewälzt werden können, müssen die Mieterhöhungen bspw. nach funktionalem Kostensplitting zur Aufteilung der Kosten auf Vermieter, Mieter und staatliche Fördermittel transparent und nachvollziehbar ermittelt werden.
4. Der gesetzliche verankerte **CO₂-Preis** gehört nicht in die Betriebskosten: Soll dieses Instrument eine Lenkungswirkung haben, so muss es diejenigen belasten, die die Heiztechnik in Mietwohngebäuden verantworten und entsprechend entlastende Entscheidungen treffen können (Vorschlag: Betreiberkosten nicht Betriebskosten). In Märkten mit Angebotsüberhang kann auch das Anbieten von Wohnraum zu Warmmieten (Pauschale Mietpreise inkl. aller Betriebskosten) den gewünschten Preisdruck auf die VermieterInnen bewirken.
5. **Begrenzte Ressourcen** besteuern: Wertzuwachs von Grundstücken durch die Begrenztheit von Grund und Boden muss steuerlich abgeschöpft werden und dem Gemeinwohl (bspw. den unten geforderten kommunalen

Wohnungsverwaltungen) zugutekommen. Diese Steuern bleiben Betreiberkosten und damit mieten-neutral.

- a. **Flächenverbrauch** durch Neubau stoppen: Der neugebaute Wohnraum geht infolge hoher Grundstücks- und Baukosten zu häufig am gesellschaftlichen Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum vorbei. Bestehende Gebäude müssen – nicht zuletzt auch um Graue Energie, CO₂ und natürliche Ressourcen zur Produktion von Baumaterialien zu sparen – weitergebaut, umgenutzt, und modernisiert werden. Die bereits vorhandenen Flächen müssen umgenutzt und umverteilt werden. Denkbar ist die z.B. steuerlich begünstigte Nutzung z.B. von Brachen durch Wohnprojekte, Initiativen, Künstler sowie die Förderung alternativer Wohnen-Arbeiten-Leben-Modelle.
- b. **Wohnflächenbedarf** pro Kopf reduzieren: Wohnraumverkleinerung darf nicht zu einer höheren Mietbelastung führen, sondern muss die Wohnkosten reduzieren. Tauschbörsen ohne mieterhöhende Neuvermietungsverträge können das gewährleisten. Ressourcenbedarf und -verbrauch des Wohnens muss öffentliches Thema sein, damit das Statussymbol Wohnen ganzheitlicher bewertet werden kann. Nicht nur um den Druck auf die urbanen Wohnungsmärkte zu lindern, muss zudem die Infrastruktur in ländlichen Regionen weiter gestärkt werden. Findet dann ein Zuzug statt, sind die Punkte a. und b. von vornherein zu berücksichtigen: Bestehende und nur teilweise oder gar ungenutzte Räumlichkeiten sind umzunutzen und umzubauen, Grünflächen sind gemeinsam zu nutzen und der Zersiedelung ist ein Ende zu setzen.

6. **Kommunale Wohnungsverwaltungen** oder andere demokratische Verwaltungsformen zur Umsetzung dieser Forderungen: Kommunen werden Träger des Gemeinwohl-Gebäudebestandes. Dafür gilt es, Themen der Nachhaltigkeit und des gemeinwohlorientierten Wirtschaftens in den Lehrplänen der Schulen und Universitäten zu verankern.

“Wie schön, dass in dem großen Haus endlich wieder Kinder spielen”, dachte er und lehnte sich in den Sessel seiner kleinen Wohnung im Mehrgenerationenhaus. Den Wohnungstausch hatte die Stadt organisiert.

4.2 Caresektor und Gesundheitswesen

Ist-Situation

Care-, Sorge- oder Reproduktionsarbeit beschreibt alle Tätigkeiten, die zum Erhalt und Wohlbefinden von Menschen und im weitesten Sinne der Natur beitragen. Sie umfasst die Begleitung von Kindern, älteren Menschen, Selbstfürsorge, Haus- und Pflegearbeit. Dabei beinhaltet sie auch die emotionale „Arbeit“ von Zuwendung, Aufmerksamkeit und Wertschätzung („Hege“ und „Pfleger“). Sorgearbeit ist in sich nicht wertschöpfend aber lebenserhaltend. In einer Wachstumsökonomie wird sie - ähnlich wie die Natur - als kostenfreie, endlose Ressource betrachtet.

Im Vergleich mit dem Volumen/Umfang der sogenannten produktiven Arbeit ist das Volumen der Sorgearbeit sogar um ein Drittel größer.⁴ Darüber hinaus unterliegt Sorgearbeit auch heute noch einer klaren Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern: Frauen leisten über 50% mehr Sorgearbeit als Männer⁵. Dafür verzichten Frauen häufig auf Erwerbsarbeit und damit auf soziale Absicherung.

Die Neoliberalisierung führte im Care-Sektor zu zunehmender Privatisierung und Orientierung am Profitdenken. Zwischen 1999 und 2015 ist z.B. der Anteil der privaten Pflegeeinrichtungen von weniger 20% auf 40% gestiegen⁶. Pflegearbeit ist jedoch nur schwer einer Effizienzlogik zu unterstellen. Gewinne werden durch prekäre Löhne, geringe Betreuungsschlüssel und unbesetzte Stellen erwirtschaftet. Konzerne wie der DAX-notierte Krankenhausbetreiber Fresenius haben eine Gewinnmarge von 10-12%, „erwirtschaftet“ aus den Beiträgen der Versicherten und niedrigen Löhnen im Gesundheitswesen.⁷

Auch aufgrund der niedrigen Löhne bei hoher Arbeitsbelastung herrscht in vielen Berufen des Care-Sektors Personalmangel. So fehlen in Kitas bis 2025 310.000 Fachkräfte⁸ und in der Pflege nahezu 500.000 Fachkräfte.⁹ Arbeitsrechtliche Standards und Mindestlöhne werden im Care-Bereich oftmals durch die Einstellung von migrantischen Pflegekräften umgangen. Sie werden über Subunternehmen im Ausland oder ganz ohne Arbeitsverträge beschäftigt, vor allem im ambulanten Pflegebereich. Bei der sogenannten 24-Stunden-In-House-Pflege liegt der Lohn für Pflegekräfte aus dem Ausland bei 1,70€/Stunde. Die Politik ermöglicht dafür einen

⁴ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2016/04/PD16_137_812.html

⁵ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap---ein-indikator-fuer-die-gleichstellung/137294>

⁶ https://www.haufe.de/immobilien/entwicklung-vermarktung/marktanalysen/pflegeheime-marktanteil-privater-traeger-verdoppelt-sich_84324_342688.html

⁷ <https://gesundheit-soziales.verdi.de/service/drei/drei-70/++co++bdce0dfc-e44e-11e9-a4fe-525400f67940>

⁸ <https://www.vbe.de/presse/pressendienste-2020/personalmangel-an-kita>

⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/172651/umfrage/bedarf-an-pflegekraeften-2025/>

rechtlichen Graubereich. So wurde die 24h-Pflege bei Unterzeichnung der ILO-Norm 189 für “Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte” explizit ausgenommen.

Caresektor jenseits des Wachstumszwangs

Eine Postwachstumsökonomie ist auf Erhalt und Reproduktion, und nicht auf Wachstum und Gewinnorientierung ausgelegt. Sorgearbeit ist ebenso wichtig wie die als wertschöpfend bezeichneten Tätigkeiten. Entlohnte und nicht entlohnte Arbeit in Pflege, Erziehung und Gesundheit hat eine gesellschaftlich zentrale Bedeutung, wird entsprechend wertgeschätzt, angemessen entlohnt und fair verteilt. Dabei setzt die Gesellschaft auf Vorsorge statt Nachsorge: Sie sorgt dafür, dass die Menschen gesund bleiben und ihre Lebensgrundlagen erhalten können. Vorausschauendes Leben und Wirtschaften sichert auch die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

Maßnahmen

1. Sorgeinfrastruktur - Krankenhäuser, Kitas, Pflegeeinrichtungen etc. - liegt wieder in öffentlicher Hand. Sie unterliegt der demokratischen Kontrolle der Gemeinden, des Personals und der Patienten/Klienten. Privatisierungen und Profitorientierung sind im gesamten Care-Bereich ausgeschlossen.

2. Berufe im Care-Sektor erfahren mehr Anerkennung.

Sofortige Maßnahmen: Einführung flächendeckender Branchentarife weit über Mindestlohn und eine 27h-Woche bei vollen Bezügen.

3. Private und ehrenamtliche Sorgearbeit erfährt mehr Anerkennung. Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gestärkt.

Sofortige Maßnahmen: Rückkehr in den Beruf sowie die Arbeitszeitverkürzung für beide Partner wird erleichtert und konsequent durchgesetzt.

Sorgearbeit wird finanziell unterstützt und auf die Rente angerechnet. Mögliche Lösungen wären Vergütung durch den Staat oder den Arbeitgeber, der einen “Care-Anteil” mitvergütet oder eine direkte Anrechnung an die Rentenkasse.

4. Alle Menschen haben Zugang zu Pflege- und Krankenversicherung, die alle Kosten deckt. Beiträge werden solidarisch nach Einkommen gestaffelt, es gibt keine Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenkasse mehr.

5. Rechtslücken, die die Ausbeutung von Migrant*innen in Sorgeberufen ermöglichen, werden geschlossen.

Sofortige Maßnahme: Einführung von Beschwerdemechanismen, Abschaffung von Subunternehmen und/oder Sicherstellung eines fairen Lohns über Mindestlohn.

6. Geschlechtergerechtigkeit wird gestärkt. Bestehende Rollenbilder werden durch Bildungsarbeit und konsequente Politik abgebaut.

Interdisziplinäres Seminar: Wirtschaft und Soziale Arbeit. Es steht ‚Fürsorgliche Zuwendung und Versorgung‘ auf dem Lehrplan. Hier lernt BWL-Student Martin von der Überwindung der Fallpauschale und der Humanisierung des Sozialen Bereichs, fern ab von Hedgefonds und Notenbanken.

7. Literatur

Arnsperger, Christian / Varoufakis, Yanis (2006): "What Is Neoclassical Economics? The three axioms responsible for its theoretical oeuvre, practical irrelevance and, thus, discursive power". In: *Panoeconomicus* 53.1, S. 5-18.

Brandt, Ulrich; Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.

Dörre, Klaus / Schickert, Christine (Hg.) (2019): *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*. München: oekom.

Georgescu-Roegen, Nicholas (1987): "The entropy law and the economic process in retrospect". In: *Schriftenreihe des IÖW* 5.87, S. 4-31.

Goepel, Maja (2020): *Unsere Welt neu denken. Eine Einladung*. Ullstein.

Graeber, David (2004): *Fragments of an anarchist anthropology*. Prickly Paradigm Press.

Haraway, Donna J. (2016). *Staying with the trouble: Making kin in the Chthulucene*. Duke University Press.

ILA-Kollektiv (2017): *Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert*. München: oekom.

ILA-Kollektiv (2019): *Das gute Leben für alle, Wege in die solidarische Lebensweise*. München: oekom.

Konzeptwerk Neue Ökonomie (2020): *Zukunft für Alle, Eine Vision für 2048*. München: oekom.

Latour, Bruno (2007): "The recall of modernity: Anthropological approaches". In: *Cultural studies review* 13.1, S. 11-30.

Lowenhaupt Tsing, Anna (2019): *Der Pilz am Ende der Welt. Über das Leben in den Ruinen des Kapitalismus*. Matthes & Seitz.

Marx, Karl / Engels, Friedrich (2017 [1890]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. MEW Band 23. Berlin: Dietz Verlag.

Mazzucato, Mariana (2020): *Wie kommt der Wert in die Welt?* Frankfurt am Main: Campus.

Moore, Jason W. (2018): "The Capitalocene Part II: accumulation by appropriation and the centrality of unpaid work/energy". In: *The Journal of Peasant Studies* 45.2, S. 237-279.

Morton, Timothy et al. (2007): *Ecology without nature: Rethinking environmental aesthetics*. Harvard University Press.

Ostrom, Elinor (1999): "Coping with tragedies of the commons". In: *Annual review of political science* 2.1, S. 493-535.

Paech, Niko (2014): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.

Parrique T., Barth J., Briens F., C. Kerschner, Kraus-Polk A., Kuokkanen A., Spangenberg J.H. (2019): *Decoupling debunked – Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*. Bericht für das European Environmental Bureau (EEB).

Polanyi, Karl (2017 [1944]): *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Raworth, Kate (2017): Die Donut-Oekonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. Hanser.

von Redecker, Eva (2020): Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen. S. Fischer.

von Redecker, Eva (2020): "Ownership's Shadow: Neoauthoritarianism as Defense of Phantom Possession". In: Critical Times 3.1, S. 33-67.

Richters, Oliver / Simoneit, Andreas (2017): Marktwirtschaft reparieren. Entwurf einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Utopie. München: oekom.

Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (2019): Degrowth / Postwachstum zur Einführung. Junius.

Sutterlütti, Simon / Stefan Meretz (2018): Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken. VSA Verlag.

Wright, Erik O. (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Literatur zum Weiterlesen

Care & Gesundheit

Bauhardt, Christine / Caglar, Gülay / Riegraf, Birgit (2017): Ökonomie jenseits des Wachstums- feministische Perspektiven auf die (Post)Wachstumsgesellschaft. Walter de Gruyter.

Edmunds, Bernhanrd (2016): Damit es Oma gutgeht. Pflege-Ausbeutung in den eigenen vier Wänden. Westend.

Ehrenreich, Barbara / Hochschild, Arlie R. (2002): Global Woman. Nannies, Maids and Sex Workers in the New Economy. Granta.

ILA-Kollektiv (2017): "Nobody Cares?" In: Auf Kosten Anderer. oekom.

Shiva, Vandana / Mies, Maria (2005): Ökofeminismus. Beiträge aus Theorie und Praxis. Rotpunktverlag.

Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (2019): "Feministische Kritik". In: dies.: Degrowth / Postwachstum zur Einführung, Junius Verlag, S.111-120.

Forderungen zum Caresektor in Deutschland

<https://www.vorsorgendeswirtschaften.de/handlungsprinzipien/>

<http://www.pflege-am-boden.de/>

<https://equalcareday.de/manifest-kurzfassung/>

Wohnen

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Börsennotierte Wohnungsunternehmen als neue Akteure auf dem Wohnungsmarkt – Börsengänge und ihre Auswirkungen. BBSR-Online-Publikation 01/2017, Bonn, Januar 2017. Bearbeitung: Kofner, Stefan (Leitung); Jochimsen, Kerstin. Hochschule Zittau/Görlitz, Institut für Transformation, Wohnen und Soziale Raumentwicklung (TRAWOS), Görlitz. Online verfügbar unter https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/BBSROnline_node.html

David, Kirsten (2019): Funktionales Kostensplitting zur Ermittlung von Mieterhöhungen nach energetischen Maßnahmen - Eine Handlungsempfehlung auf Basis theoretischer und empirischer Untersuchungen. Dissertation. HafenCity Universität Hamburg. Open Access verfügbar unter: urn:nbn:de:gbv:1373-opus-5085

Fuhrhop, Daniel (2020): "Verbietet das Bauen" Streitschrift gegen Spekulation, Abriss und Flächenfraß. Erweiterte und aktualisierte Auflage. München: oekom Verlag. Infos unter: <https://www.verbietet-das-bauen.de/>

Holm, Andrej / Horlitz, Sabine / Jensen, Inga (2017): Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Voraussetzungen, Modelle und erwartete Effekte. Hrsg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin. (Studien, 5/2017).

Vogel, Hans-Jochen (2019): Mehr Gerechtigkeit ! Wir brauchen eine neue Bodenordnung - nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar. Freiburg: Herder Verlag.

Müde knipste sie das Licht im Bibliothekszimmer aus und dachte: "Daher kamen also die Ideen von Oma und Opa, die zu dem geführt haben, wie wir es jetzt leben."